

Liebe Genossinnen und Genossen



es ist Samstagnachmittag, draußen scheint die Sonne (tatsächlich!) und was macht man da als brave Kreisrätin? Richtig, den Haushaltsentwurf studieren. Glaubt mir, das macht keinen Spaß! Und zwar nicht so sehr, weil draußen die Sonne lockt und Zahlen eher dröge sind, sondern vor allem, weil man sich permanent aufregen muss.

Sei es beim Thema Spitzabrechnung der Flüchtlingsunterbringung, bei dem wir immer noch auf das Geld aus 2016 warten. Oder beim Thema Kostenerstattung für Geduldete, bei dem sich das Land weigert, den von den kommunalen Landesverbänden ermittelten Finanzierungsbedarf anzuerkennen. Stattdessen soll auch in den kommenden Jahren nur ein gedeckelter

Betrag weitergeleitet werden, was für unseren Haushalt allein für´s kommende Jahr ein Risiko von über 2 Millionen Euro bedeutet.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Gestaltungsmacht der Politik zurückgewinnen	2
Neue Serie: So geht Ortsverein!	4
Wähler, die Faschisten wählen, sind ...	5
Grundsatzprogramm – Klimastand - Recycling	6
Frauen sind immer noch benachteiligt	8
Bundesteilhabegesetz: Blamage für Lucha	9
SPD-Breisach will eigene Verkehrsbehörde – zurecht!	10
Unsere Stammtische	11
Abfallgebühren seit 21 Jahren stabil	12
Impressum	12
Wie war das mit der Bedürftigkeitsprüfung?	13
Das Blaue Haus in Breisach hält Geschichte lebendig	13
Termine, Mitgliederstatistik	15

Oder Thema Bundesteilhabegesetz. Hier werden 2020 auf die Stadt- und Landkreise Kosten in Höhe von 150 Millionen Euro zukommen. Und obwohl das Land durch die Konnexität in der Pflicht ist, diese Ausgaben zu finanzieren, hat die Landesregierung gerade mal 4 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Es geht uns nicht da drum, Geld zu beanspruchen, das uns nicht zusteht. Es geht einzig und allein da drum, dass der verfassungsgemäße Ausgleich der Mehrbelastung vom Land nicht vorgenommen wird. Immer mehr Kosten werden von oben nach unten durchgereicht, so dass immer weniger Geld für die Dinge da ist, für die der Kreis tatsächlich zuständig ist. Wie z.B. unsere Schulen, unsere Kreisstraßen, der Ausbau des ÖPNV. Oder auch für sinnvolle und gute Freiwilligkeitsleistungen, wie ein Sozialticket.

Klar könnte man sagen, in Zeiten von knappen Kassen muss halt jeder den Gürtel enger schnallen. Aber das Land hat keine knappe Kasse. Vielmehr haben sie gerade festgestellt, dass sie völlig unerwartet 2 Milliarden (!!) Euro mehr eingenommen haben, als gedacht. Sie wissen gerade gar nicht, wohin mit dem ganzen Geld. Und lassen trotzdem die Kreise und Kommunen am ausgetreckten Arm verhungern.

Allein im Kernhaushalt wird der Kreis Ende nächsten Jahres über 76 Millionen Euro Schulden ausweisen. Dazu kommen noch die „ausgelagerten“ Schulden im Eigenbe-

trieb Bau-LKBH (Flüchtlingsunterkünfte, von Gemeinden vorfinanzierte Schulbauten, Feuerwehrrübsanlage). Aber Hauptsache, das Land freut sich über seine schwarze Null. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Grün-Schwarz ist die kommunalfeindlichste Landesregierung, die Baden-Württemberg je hatte!

Büh Wacker.

Gestaltungsmacht der Politik zurückgewinnen

Der Emmendinger Juso-Landesvorsitzende Pavlos Wacker sprach bei der Kreisdelegiertenkonferenz der SPD in March-Neuershausen.



„Politik ist in dieser Welt nicht das Verherrlichen der Gegenwart, sondern das sich Öffnen für die Zukunft.“ Eine zündende Ruck-Rede hielt der im Juni zum Landesvorsitzenden der Jungsozialisten gewählte 21-jährige Pavlos Wacker aus Emmendingen am Samstag beim Kreisparteitag der SPD

Breisgau-Hochschwarzwald in der Sporthalle March-Neuershausen. „Ich glaube, mit einem solchen Nachwuchs hat unsere Partei die allerbesten Zukunftschancen“, kommentierte die SPD-Kreisvorsitzende Birte Könnecke.

Für Besorgnis erregend und beängstigend hält Pavlos Wacker zwei Ergebnisse der jüngsten Shell-Jugendstudie, wonach einmal die Empfänglichkeit für Populismus in der jüngeren Generation größer geworden ist, und zum andern 72 Prozent der 18- bis 25-Jährigen die Ansicht vertritt, dass sich die Politik „eh nicht um Menschen kümmert“.

Für alarmierend hält der Juso-Landeschef diese Erkenntnisse deshalb, weil, wie er sagte, sich hier jene Generation äußert, „die nachher in den Gerichtssälen sitzt, die in den Klassenzimmern lehrt, die im Kulturbereich, Journalismus oder im Einzelhandel arbeitet“. Wacker: „Das ist die zukünftige Generation, die unsere Gesellschaft tragen soll. Und wenn zwei Drittel von denen das Gefühl haben, Politik nimmt mich nicht ernst und berücksichtigt mich gar nicht, dann müssen wir als Partei uns fragen, wie wird das ändern können.“

Klar sei, dass diese junge Generation nur zum Teil abhängig von den Älteren ist. „Wir sind aber stark abhängig von dieser Generation. Sie ist nicht nur die Zukunft, sie ist auch die Gegenwart. Und sie hat jetzt schon ein Anrecht darauf, gehört zu werden“, befand Pavlos Wacker. Es gelte,

den jungen Leuten in einfacher Sprache und mit neuen Formaten nahe zu bringen, was Politik für ihre persönlichen Lebensumstände bedeutet.

Der Redner verzichtete bewusst auf eine, wie er sagte, „klassische Juso-GroKo-Hasstirade“, störte sich aber an der Rolle der SPD in der Koalition. Die SPD-Minister produzierten „sozialdemokratische Gesetze wie am Fließband“, die Wähler dankten es ihnen aber nicht. „Wir werden so ein bisschen wahrgenommen, als seien wir der Betriebsrat der Union. Dabei sind wir immer das soziale Korrektiv.“

Der Juso-Landesvorsitzende sprach auch von dem Gefühl, „dass die Politik nicht mehr in der Lage ist, die Probleme zu lösen“. Der wahrgenommene Abstand zwischen „Ich erkenne ein Problem“ und „Ich löse ein Problem“ scheine irgendwie größer zu werden. Wacker sieht die Ursache dafür in einer rasanten Beschleunigung der weltweiten Verkehrs-, Daten- und Informationsströme, einem verlängerten Gang parlamentarischer Entscheidungsprozesse und demokratischer Entscheidungsketten, sowie einer wachsenden Individualisierung der Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die in ihrer Lebensrealität erwartet, von Vereinen, Parteien und Verbänden nur bedient zu werden.

Er wolle davon wegkommen, immer erklären zu müssen, warum etwas nicht funktioniert, betonte Pavlos Wacker. „Wir müssen den Menschen den Glauben an die

Gestaltungsmacht von Politik zurückgeben. Unsere Themen liegen auf der Straße. Soziale Gerechtigkeit ist das Mammutthema. Wir haben die Konzepte. Sie liegen in der Schublade. Wir müssen den Menschen nur vermitteln: Das bekommt ihr, wenn ihr euch zu 100 Prozent für die SPD entscheidet.“ Er wünsche sich, dass die Partei wieder mehr zuhört, sich öffnet für Ideen, für Vorschläge, für andere Modelle. „Und ich möchte, dass wir eine Partei werden, die den Anspruch aufgibt, es allen Recht machen zu wollen.“

„Wenn ihr es allen recht machen wollt, müsst ihr Zirkusdirektor werden“, sagte der Juso-Chef, der in Neuershausen zum Thema „Junge Energie und alte Volkspartei – was tut sich bei den Landes-Jusos?“ sprach und die Mutterpartei mit seiner Rede dazu ermunterte, sich in Sachen „Aufbruch“ ein Beispiel am neu aufgestellten Juso-Landesverband zu nehmen: „Wir sind Think Tanks. Bei uns darf man Sachen ausprobieren. Man darf auch mal wilde Thesen in den Raum stellen und mutige Forderungen stellen. Manchmal überlegen wir uns sogar, wie wir alle Strukturen über den Haufen werfen.“

Bernd Michaelis



So geht Ortsverein!

Wir haben unsere Ortsvereinsvorsitzenden gebeten, uns zu verraten, was in ihrem Ortsverein gut funktioniert. Vielleicht ist da ja auch eine Idee für einen anderen Ortsverein dabei? Deshalb veröffentlichen wir hier nach und nach die Rückmeldungen. Wichtig: Es steht immer eine AnsprechpartnerIn dabei, damit man wenigstens mal nachfragen kann. Heute ist das **Sulzbachtal** dran:

Stammtisch

Seit 2014 regelmäßig jedes Quartal. Mitunter mit einer öffentlichen Mitgliederversammlung verbunden, was aber eher die Besucherzahl reduziert. Ein paar aktuelle Diskussionspunkte werden in jeder Einladung zum Stammtisch als Anreger schon genannt, die weiteren werden am Beginn gesammelt oder auch spontan später noch zugelassen. Der Besuch lag immer zwischen 5 und 20 Personen, darunter 4-8 Mitglieder, bei einer seit 2014 zwischen 14 und 20 schwankenden Mitgliederzahl. Das Tagungslokal wird regelmäßig gewechselt und wenn möglich, wird auch nicht in Nebenzimmern getagt, damit man auch von Zufallsgästen wahrgenommen wird (zumindest durch SPD-Fähnchen in der Vase auf dem Tisch). Ab und zu setzt

sich so auch noch jemand dazu. Wenn es im Lokal zu laut wird, ziehen wir, wenn möglich, doch ins Nebenzimmer um.

Das Format hat eine sehr gute Innen- und Außenwirkung.

Wanderungen

Es wurden auch schon kurze, ortsnahe Wanderungen mit abschließender Einkehr oder Weinprobe durchgeführt. Zur Landtagswahl mit gutem Erfolg, sonst eher wenig Interesse, schon gar nicht bei Nichtmitgliedern.

Ansprechpartner ist jeweils Friedhelm Engler: friedhelm-engler@t-online.de.

Wähler, die Faschisten wählen, sind ...

... so lautete unsere Schnellumfrage nach der Thüringenwahl und das Ergebnis ist einerseits beruhigend, andererseits verwirrend.



Beruhigend, weil sehr offensichtlich niemand der AfD den hanebücheneren

Narrativ von der bürgerlichen Mitte abkauft und auch nicht die Mär vom besorgten Bürger. Nur je fünf mal wurden diese beiden Antwortmöglichkeiten genannt.

Am häufigsten wurde aber davon ausgegangen, dass Wähler, die Faschisten wählen, auch selbst Faschisten sind. Das ist sehr nachvollziehbar, da der Spitzenkandidat der Thüringen-AfD immer wieder durch Äußerungen auffiel, die man auch gerichtsicher als faschistisch bezeichnen darf.

Beispiel gefällig? Eine „Rezension“ seines Buches in der *Zeit* listet viele klar faschistische Äußerungen Höckes auf.

Verwirrend ist das Ergebnis deshalb, weil doch sehr viele Menschen die AfD-Wähler für Protestwähler halten. Das mag von hier unten im Südwesten aus so aussehen, aber ich kann das nicht nachvollziehen. Auch Umfragen nach der Wahl deuten darauf hin, dass dem nicht so ist. Die 24% Thüringer haben AfD gewählt, weil Höcke Faschist ist. Eine Blitzanalyse des ZDF hat ebenfalls ergeben, dass die Braunen zu fast 70% wegen ihrer „Inhalte“ gewählt werden.

Diese These ist genauso ernüchternd, wie nachvollziehbar. Am meisten Stimmen haben die Rechtsradikalen schließlich von jungen Menschen bekommen und das ist die glasklare Folge der jahrzehntelangen „Jugendarbeit“ der Nazis im Osten, die in sehr beklemmender Weise in diesem Artikel beschrieben wird. Noch schlimmer ist aber diese Schilderungen der 90er und 2000er Jahre. In „national befreiten Zonen“

wurden (und werden?) völlig ungestört Andersdenkende durch die Stadt gejagt und zum Teil ins Koma geprügelt.

Blockwartfantasien und heraufbeschworene Angstszenarien und Untergangsmymen sind auch für unsere Kreisvorsitzende ein zentraler Teil der Naziideologie, die sich hier den Weg bricht. Das hat sie unmittelbar nach der Wahl in einem Video genauer dargelegt, das [auf unserem Youtube-Kanal abgerufen werden kann](#).

Es tut mir leid: Naziwähler sind keine Protestwähler. Naziwähler wählen Nazis, weil die Nazidinge sagen und tun.

In Thüringen. Und hier.

Oswald Prucker

Grundsatzprogramm - Klimanotstand - Recycling

Die Verabschiedung von Anträgen war ein zentraler Punkte auf der Tagesordnung des jüngsten Kreisparteitags der SPD Breisgau-Hochschwarzwald in March-Neuershausen. An den Bundesparteitag der SPD gerichtet ist der Wunsch des SPD-Ortsvereins Bad Krozingen - Hartheim, das zehn Jahre alte Grundsatzprogramm der SPD an die Zukunft anzupassen. Die Jusos setzen sich für die Ausrufung des Klimanotstandes im Landkreis und in den Kreisgemeinden ein. Der SPD-Ortsverein Dreisamtal dringt darauf, dass der Landkreis anstelle der

Gelben Säcke die Gelbe Tonne oder sogar eine Wertstofftonne einführt.

Neues Grundsatzprogramm: Die SPD benötige ein neues Grundsatzprogramm, wurde dargelegt. Das über zehn Jahre alte "Hamburger Programm" sei nicht veraltet, in vielen Teilen aktuell und in den Kernaussagen nach wie vor gültig. Doch fehlten Antworten zu Digitalisierung, Entwicklungspolitik, Fluchtursachen und Integration von Geflüchteten in Europa und Deutschland, sowie zum Kampf gegen den Klimawandel, legte der Bad Krozinger Ortsvereinsvorsitzende Matthias Schmidt dar. Darin liege auch die Chance, sich programmatisch zu profilieren und die öffentliche Wahrnehmung zu verbessern. Der Antrag wurde bei zwei Enthaltungen angenommen.



Klimanotstand: Die Jusos im Landkreis halten die bisherigen klimapolitischen Maßnahmen und Planungen nicht für ausreichend, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und setzen sich deshalb für die Erklärung des Klimanotstandes im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald sowie in den Kreisgemeinden ein, wie der Vorsitzende Aaron Rau darlegte.

Das sei keine Symbolpolitik, unterstrich die SPD-Kreisvorsitzende Birte Könnecke. Sie erläuterte, dass die SPD-Kreistagsfraktion den betreffenden Antrag, der inhaltlich von den Jusos und der Linken Liste im Kreis ausgearbeitet wurde, bereits in den Kreistag eingebracht hat. Darüber abzustimmen sei trotzdem sinnvoll, da man es so noch in die Gemeinderäte im Kreis tragen kann.

Es sei unerlässlich, dass mit höchster Priorität auch in Landkreis und Kommunen aktiv für eine Verminderung des Treibhausgas-Ausstoßes gekämpft wird, heißt es in der Begründung des Antrages. Und: Die Ausrufung des Klimanotstandes sorge für ein Problembewusstsein und stoße unerlässliche Maßnahmen im Dienste einer umweltverträglichen und generationengerechten Kommunal- und Kreispolitik an. Bei jeglichen Entscheidungen müsse die Klimaschädlichkeit einer Maßnahme in Betracht gezogen werden. Öffentliche Neubauten seien klimaneutral zu konzipieren. Kommunale Initiativen zur umweltfreundlichen Energieerzeugung sollten unterstützt, entsprechende Initiativen von Bürgern und Kommunen gebündelt werden. Der Antrag wurde bei zwei Gegenstimmen angenommen, wobei der Haupteinwand einem denkbaren höheren Verwaltungsaufwand und einer vermuteten lähmenden Wirkung auf politische Entscheidung galt.

Gelbe Tonne - Wertstofftonne: Bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung

angenommen wurde der Antrag des Ortsvereins Dreisamtal der SPD, dass die Kreisverwaltung sich um „eine umweltschonende und wirtschaftliche Alternative zum Gelben Sack“ bemühen möge. Das könnte die Gelbe Tonne oder die Wertstofftonne sein, wurde dargelegt. Die gelben Säcke seien eine unbefriedigende Lösung, erläuterte Dagmar Engesser. Der Kreistag wird in dem SPD-Antrag dazu angehalten, auch einen Bericht darüber anzufordern, „wie der im Kreis anfallende Wertmüll inzwischen tatsächlich verwertet wird“. Die zentralen Fragen sind: Wie hoch ist der Recycling-Anteil? Wie hoch ist Quote der thermischen Verwertung? Wie und wo wird recycelt?

Zur Begründung wird angeführt, dass die Gelben Säcke nicht reißfest sind. Es komme oft vor, dass sie nicht pünktlich abgeholt oder vergessen werden. Auch rissen Tiere mitunter die Säcke auf, zerwühlten sie und verteilten den Müll. Der verbreite sich in der Landschaft, werde untergepflügt und verschärfe letztlich das Mikroplastik-Problem. Mit dem neuen Verpackungsgesetz 2019 gebe es die Möglichkeit, kostenneutral von Gelben Säcken auf ein besseres System umzustellen. Wünschenswert wäre eine Wertstofftonne, die auch Nicht-Verpackungen aus Kunststoffen wie Eimer, Wannen, Kinderspielzeug erfassen und dem Recyclingprozess zuführen würde.

Die Anträge können auf unsere Webseite heruntergeladen werden.

Bernd Michaelis

Frauen sind immer noch benachteiligt

Der Arbeitskreis „Christen in der SPD“ erörterte das Thema „Gleichberechtigung der Frau“.

Erst 1919 war das erreicht, wofür Frauen seit Mitte des 19. Jahrhundert gekämpft hatten, nämlich wählen zu dürfen. Ihr Recht auf Bildung, Privateigentum und Erwerbsarbeit war noch vor der Wende zum 20. Jahrhundert erstritten worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg ganz grundsätzlich in Frage gestellt wurde die Rollenverteilung von Mann und Frau. Nachholbedarf bei der Gleichstellung der Frau gibt es gleichwohl noch heute. Es sei nötig, in diesem Bemühen nicht nachzulassen, sagte in der jüngsten Sitzung des Arbeitskreises „Christen in der SPD“ Pfarrerin Adelheid Binder, die zur Vertiefung dieses Themas die Frauenbeauftragte der Stadt Freiburg, Simone Thomas, eingeladen hatte.

„Es gibt nach wie vor strukturelle Benachteiligung von Frauen“, hatte Simone Thomas beim Weltfrauentag 2015 erklärt. In Sachen Emanzipation sei seit 1918 zwar „viel passiert“ in grundlegenden Fragen, doch werde erst „in der Feinarbeit“ deutlich, dass Frauen bis heute nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit Anerkennung und Respekt erfahren wie Männer. Sexualisierte Gewalt und Missbrauch sei nach wie vor ein wichtiges politisches Thema, sagte die Gleichstellungs-

beauftragte. Angetan von der heutigen Frauengeneration zeigte sich die Theologin, die deren „Frauenpower, Selbstbewusstsein und Wehrhaftigkeit“ lobte.



Alle Frauen (aber auch Männer) könnten sich in Fragen der Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen an die Frauenbeauftragte der Stadt Freiburg wenden, und zwar in allen Lebenslagen, legte Simone Thomas dar. Die Stelle zur Gleichberechtigung der Frau berät, begleitet, vernetzt und fördert in verschiedenen Sachgebieten, sie organisiert, verhandelt und bearbeitet in jenen Bereichen, in denen es darum geht, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes auf kommunaler Ebene im Verein mit anderen Organisationen, Amtsstellen und Initiativen umzusetzen.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“, lautet der genannte Paragraf des Grundgesetzes. Die Stadt Freiburg setzt mit ihrer Stabsstelle jene Gesetzesvorgaben um, die die Geschlechtergerechtigkeit festschreiben und Maßnahmen zur Antidiskriminierung beschreiben.

In Freiburg ist aus dem Internationalen Frauentag im Lauf der Jahre eine ganze Aktionswoche mit zahlreichen Veranstaltungen geworden, die von der städtischen Frauenbeauftragten koordiniert wird. Das Programm zeigt das breite Spektrum und das Engagement der Fraueninitiativen und -verbände. Sie erinnerte daran, dass die Vergewaltigung in der Ehe erst seit etwa 20 Jahren strafbar ist und dass Frauen und Männer im Öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg tatsächlich erst mit dem Chancengleichheitsgesetz von 2016 als gleichberechtigt eingestuft wurden.

Adelheid Binder, Jahrgang 1950, schilderte in allen Einzelheiten, welche Moralvorstellungen in ihrer Generation herrschten, „was Frauen an Beschränkungen zu schlucken hatten“, wie die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau war und wie ausgeprägt sich die patriarchalische Dominanz des Familienvaters vielfach darstellte: Es war „absolut unmöglich“, als Mädchen oder Frau nachts auszugehen. Ein Restaurantbesuch als Frau allein war ein Unding. Unverheiratet zu sein und ein Kind zu bekommen, war für die Frau existenzbedrohend. Männer, die mit einer unbescholtenen Frau Geschlechtsverkehr hatten, konnten sich mit Zahlung eines Kronsgeldes aus einer Verlobung freikaufen. Unnachsichtig bestrafte deutsche Gerichte Eltern, die ihren Kindern Liebesbeziehungen nicht verboten, wegen Kuppelei. Abtreibung war nur bei kriminologischer und medizinischer Indikation

vorgesehen. Frauen war es lange Zeit versagt, über ihren Körper selbst zu bestimmen.

Sind wir in den Nachkriegsjahren entscheidend weitergekommen auf dem Weg zur Gleichberechtigung, fragte Adelheid Binder. Anhand eines Textes der Sozialistischen Jugend Österreichs von 2004 machte die Theologin deutlich, „warum (...) die Stimmen der emanzipationsbewegten Frauen so wütend“ sind, und lieferte die Antwort gleich mit. Zitat: „Weil wir nymphomanisch sind, wenn wir Freude am Sex haben, und frigide, wenn wir keine Freude daran haben. Weil wir frustrierte Emanzen sind, wenn wir die Stimme erheben. Weil wir ungeduldig und ungehörig sind, wenn wir zu viele Fragen stellen. Weil wir als zu emotional beschimpft werden, wenn wir darauf beharren, dass Dinge nicht nur geradlinig, naturwissenschaftlich erörtert werden können! Weil wir unweiblich sind, wenn wir für unsere Rechte kämpfen, und schwach, wenn wir es nicht tun...“

Bernd Michaelis

Bundesteilhabegesetz: Blamage für Lucha

Die kommunalfeindlichste Landesregierung aller Zeiten blockiert die Finanzierung des Teilhabegesetzes und will die Stadt- und Landkreise blechen lassen. Die brechen die Gespräche zurecht ab.



[Dazu schreibt unsere Abgeordnete Sabine Wölfl](#): „Es ist eine Blamage für Lucha, dass er es vor dem Beschluss der Landesregierung über den Entwurf des nächsten Doppelhaushalts nicht geschafft hat, mit den Kommunen eine von beiden Seiten anerkannte Kostenschätzung zu erstellen.“

Es ist unfassbar, was grün-schwarz sich da leisten.

Oswald Prucker

SPD-Breisach will eigene Verkehrsbehörde – zurecht!

Unsere Genossen in der Münsterstadt wollen sich vom Landratsamt unabhängig machen und eine eigene Verkehrsbehörde aufbauen. Ich kann das sehr gut nachvollziehen und unterstütze sie dabei.

Eine unserer zentralen Forderungen im Kreistagswahlkampf im vergangenen Mai war die nach einem bürgerfreundlicheren Landratsamt. Schon damals, als wir unser Programm erarbeitet haben, war es immer wieder die Verkehrsbehörde, die mir und anderen bei diesem Thema durch den Kopf ging. Siehe dazu auch die voranstehende Pressemitteilung der Kreistagsfraktion.

Es ist in jedem Fall eine Behörde, die als sehr bürgerfern wahrgenommen wird. Egal, wo ich war, irgendwas wurde immer vom Landratsamt blockiert: Hier eine Überquerungshilfe, dort eine Geschwindigkeitsbegrenzung oder auch nur, wie die Zufahrten von den Grundstücken in Neubaugebieten anzuordnen sind.



Ich sehe dabei durchaus sehr gut das Dilemma der Behördenmitarbeiter: Ihnen kommt natürlich die Rolle zu, die Verkehrsgesetzgebung umzusetzen und deren Einhaltung einzufordern. Die ist nach wie vor stark vom Primat des Autoverkehrs geprägt. Dennoch gibt es Spielräume, aber das Landratsamt nutzt diese Spielräume nach meiner Meinung nicht ausreichend, um für mehr Verkehrsberuhigung zum

Wohl der Schwächeren im Verkehr zu sorgen.

Hinzu kommen die von den Breisacher Sozialdemokraten beklagten langen Bearbeitungszeiten. Es muss für die Räte frustrierend sein, wenn relativ klare und einfache Anträge auch nach einem Jahr noch nicht bearbeitet sind.

Oswald Prucker

Unsere Stammtische

In unserem Kreis haben wir inzwischen drei feste Stammtische etabliert: Am Kaiserstuhl, im Breisgau und im Hochschwarzwald. Immer zur selben Zeit, am selben Ort, für alle sichtbar und erreichbar findet geselliges Beisammensein statt. Mal wird hitzig über Aktuelles diskutiert, mal tauscht man sich über Belange in den verschiedenen OV's aus und mal plaudert man auch einfach herzlich miteinander. Und genau so soll es auch sein.

Jetzt erhielt ich die letzte Zeit aus verschiedenen Richtungen Anmerkungen, man müsse die Stammtische in Nebenzimmern abhalten und es fehle doch auch jeweils eine thematische Vorgabe. Man wüsste ja gar nicht, worüber geredet würde.

Hierzu möchte ich gern mal ein paar Anmerkungen loswerden:

Ihr wünscht euch gezielte thematische Veranstaltungen? Gerne! Sprecht mich an. Sagt mir, worum es gehen soll oder was

euch am Herzen liegt und wir schauen, wie, wo und mit wem wir das als Veranstaltung aufbauen. Ich freue mich über jede Anregung und bin die Erste, die euch hierbei unterstützt.



Gut besucht war unser Stammtisch im Bolando in Bollscheil. Mit am Tisch Compact Aktivisten, die mit der SPD Basis über das aus ihrer Sicht schwache Klimapakete diskutieren wollten. Wir freuen uns immer über diskussionsfreudige Gäste.

Veranstaltungen sind super und wichtig – Stammtische aber nicht weniger.

Ihr erinnert euch doch noch sicher an die sonntäglichen Stammtische am Vormittag nach der Kirche oder unter der Woche nach Feierabend? Hier saß/sitzt man gesellig beisammen. Man tauscht sich aus, redet miteinander, erfährt das Neueste aus der Nachbarschaft, hört, wo seinem Gegenüber der Schuh drückt und ja, man redet auch über Politik – bewusst und unbewusst. Man hört, wohin Eltern gerade ihre Kinder hin und her kutschieren müssen oder dass es im Sportverein keinen Trainer mehr gibt oder dass man zum Arzt jetzt da und dahin fährt oder dass das Klima im Betrieb XY

gerade angespannt ist oder oder oder ... Ein jeder kann sich dazuhocken, kann sich einbringen oder nur zuhören.

Und genau das ist es, was wir brauchen und was uns fehlt. Mittendrin sein. Dabei sein. Erreichbar sein. Sichtbar sein. Zuhören. Mitreden. Im Dialog sein. Und zwar auf Augenhöhe und nicht vom Podium herunter.

Genau das ist Stammtisch.

Tanja Kühnel

Abfallgebühren seit 21 Jahren stabil

In der Kreistagssitzung am 11. November war auch die Festsetzung der Abfallgebühren für das Jahr 2020 auf der Tagesordnung. Und da sind die Nachrichten sehr erfreulich.



Für die Verantwortlichen des Eigenbetriebes „Abfall“ des Landkreises Breisgau Hochschwarzwald (ALB) gibt es ein dickes Lob:

Seit dem Jahr 2000 sind die Gebühren für die Restmülltonnen nicht mehr gestiegen!

Dies ist einer umsichtigen und wirtschaftlichen Geschäftsführung zu verdanken. Es war auch eine richtige Entscheidung in der Vergangenheit die Gebühren nicht zu senken, als Überschüsse erwirtschaftet wurden. Jetzt kann diese sogenannte Überdeckung wieder an den Gebührenzahler zurück gegeben werden. Somit können die sinkenden Erlöse für Altpapier und die steigenden Ausgaben für Sammlung, Entsorgung und Verwertung aufgefangen werden.

Eine weitere positive Entwicklung ist die abgesenkte jährliche Zuführung zu den Rückstellungen der für die Rekultivierung der ehemaligen Mülldeponien Neuenburg und Neustadt notwendigen Finanzmittel.

Peter Meybrunn

Abfallpolitischer Sprecher

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke,
SPD Regionalzentrum,
Merzhauser Straße 4
79100 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker
Birte Könnecke

redaktion@spd-breisgau-
hochschwarzwald.de

Novemberpogrome 1938 dann als heimlicher Gebetsraum eingerichtet.

Nach Ende des Nazischreckens ging das Haus an die einzige überlebende Jüdin Breisachs über, bis es ihre Enkel an den Förderverein verkauften.

In den zwanzig Jahren seines Bestehens hat der Verein unter großen Anstrengungen und viel Eigenleistung das jüdische Leben in Breisach rekonstruiert. Sie zeigen es am eindrücklichsten im ersten Stock in einer Dauerausstellung "Jüdisches Leben in Breisach 1931" mit viel Liebe zum Detail. Wir hören, wie die Hausherrin mit der Hausangestellten die Vorbereitungen für das Pessachfest bespricht, wie sie von ihrem Mann, den Cantor, eine wichtige Begräbnisrede vorgelesen bekommt und wie die Kinder ganz aufgeregt sind, weil sie zum ersten Mal beim Schächten eines Huhns dabei sein dürfen.



Ergänzt wird die Arbeit des Vereins durch die Zusammenarbeit mit Schulen, ein vielfältiges kulturelles Programm und eine mittlerweile auf viele tausend Exemplare angewachsene Bibliothek. Das alles ist sehr professionell auf der Webseite des Vereins

dargestellt und es ist schön zu sehen, dass die Arbeit mittlerweile großzügige Spenden erhalten hat und auch von der Stadt Breisach besser gewürdigt und unterstützt wird.



Nach diesem Besuch sind wir dann zum Denkmal für die Breisacher Synagoge gezogen und haben ein Blumengesteck für die Opfer des Holocausts abgestellt. Kreisvorsitzende Birte Könnecke erinnerte an die schier unbegreifliche Zahl der Opfer. Es hilft dem Begreifen auf schmerzliche Weise, wenn man noch kurz vorher die Namen einiger dieser Menschen an der Wand im Flur des Blauen Hauses gelesen hat.

Oswald Prucker

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz. Kommt also regelmäßig auf spd-breisgau-hochschwarzwald.de und zu Facebook, Instagram oder YouTube unter **Rot-wild im Schwarz-wald**.



Mitgliederstatistik

Im Oktober ist unser Mitgliederbestand leider von 872 auf 867 gesunken. Wir freuen uns über ein Neumitglied im Juso-Alter, trauern um drei Todesfälle und bedauern drei Austritte.

Termine, Termine

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March:

Dienstag, 10. Dezember um 19 Uhr im Elsässer Hof, Breisach.



Breisgau: Am 12. Dezember um 19:30 Uhr im Gasthaus Adler in Offnadingen.

Stammtisch 27. November **Hochschwarzwald** ENTFÄLLT wegen Betriebsferien.

Neumitglieder-Adventscafe

**1. Dezember 2019 – 15 Uhr –
Regionalzentrum, Merzhauser Straße 4,
Freiburg.**

Wie jedes Jahr sind unsere neuen Mitglieder zu einem ungezwungenen Austausch eingeladen.

Neujahrsempfang

**10. Januar 2020 – 18 Uhr – Hofgut
Himmelreich, Buchenbach**

Unser traditioneller Neujahrsempfang findet wieder wie gewohnt im Hofgut Himmelreich statt.

Wir freuen uns auf ein paar ungezwungene Stunden mit Politik und Gesprächen bei feinen Häppchen.



Bild: Europäisches Parlament

Unsere Gastrednerin ist unsere Europa-abgeordnete **Evelyne Gebhardt**, die zur aktuellen Europapolitik sprechen wird.